

## **„Wir brauchen eine neue Ostpolitik!“**

**Ein Weckruf aus dem Diözesanvorstand von pax christi-Freiburg zum „alten/neuen Feindbild Russland“ anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion**

### **Der 2. Weltkrieg, das Unternehmen Barbarossa**

Wer sich mit der aktuellen Beziehung Deutschlands zu Russland befasst, der kommt an dem 2. Weltkrieg und dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die damalige Sowjetunion nicht vorbei. Dieses Ereignis ist in der russischen Bevölkerung noch sehr lebendig.

Am 22. Juni jährt sich der Beginn des sog. Unternehmens Barbarossa zum 80. Mal.

Es handelte sich dabei um einen Vernichtungsfeldzug nie dagewesenen Ausmaßes, der 27 Millionen Menschen der damaligen Sowjetunion das Leben kostete.

Der brutale Feldzug gegen die Völker der Sowjetunion sollte für die „überlegene germanische Rasse“ Lebensraum im Osten schaffen. Hitler hatte die Führung der deutschen Wehrmacht aufgefordert, einen Vernichtungskampf gegen die Slawen, im Nazijargon „Untermenschen“ zu führen. Dafür waren neue Weisungen für die Kriegsführung erlassen worden, die die bis dahin noch eingehaltenen Konventionen für die Behandlung von Kriegsgefangenen und Zivilisten außer Kraft setzten. Es ging um die Versklavung und Dezimierung der Bevölkerung. Eines der schwersten Kriegsverbrechen des 2. Weltkrieges verübte die deutsche Wehrmacht in Leningrad. Diese damals von 3 Millionen Menschen bewohnte Stadt sollte ausgehungert werden. Im Laufe der 28 Monate währenden Belagerung der Stadt starben etwa 1,1 Millionen Menschen an Hunger oder Unterkühlung. Man kann hier von einem Genozid sprechen.

Die deutsche Vergangenheitsbewältigung gilt weltweit wie auch bei uns als vorbildlich und als Deutsche stehen wir zur Verantwortung des Deutschen Reiches für den Holocaust. Von einer Verantwortung der Deutschen für die im 2. Weltkrieg durch den deutschen Überfall umgekommenen Angehörigen der sowjetischen Völker ist hingegen nur selten die Rede und es gibt so gut wie keine Empathie mit den Opfern auf der sowjetischen Seite. Zu Recht erinnern wir uns regelmäßig an den Naziterror in Westeuropa, wo in Orten wie z.B. Oradour-sur-Glane (1944) ganze Ortschaften liquidiert und die Bevölkerung umgebracht wurde. Es gibt im heutigen Russland und in Weißrussland zahlreiche solcher Orte des Naziterrors, an die sich hierzulande aber niemand erinnert, in Russland und Weißrussland aber sehr wohl. Offenbar handelt es sich hierbei um „Opfer zweiter Klasse“.

Eine Aufarbeitung der Verbrechen der Wehrmacht auf dem Gebiet der Sowjetunion im 2. Weltkrieg hat im Bewusstsein der Öffentlichkeit nie stattgefunden.

### **Die Nachkriegszeit, der „Kalte Krieg“**

Dazu hat sicher auch beigetragen, dass wenige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges der „Kalte Krieg“ ausbrach. Die damalige Sowjetunion wurde nach westlicher Wahrnehmung

zum Inbegriff des Bösen schlechthin. Der größere Teil des geteilten Deutschland, die Bundesrepublik wurde in den Westen integriert und Teil der NATO, dem Militärbündnis zum Schutz gegen die damals in der Tat expansive Politik der Sowjetunion, deren Griff nach Europa unverkennbar war. Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien gerieten unter sowjetische Kontrolle und wurden Satellitenstaaten mit begrenzter Souveränität. Finnland entging diesem Schicksal nur denkbar knapp.

Vier Jahrzehnte lang standen sich mit der Europäischen Union, der USA, Kanada und der NATO auf der westlichen und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) und dem Warschauer Pakt auf der östlichen Seite zwei Wirtschafts- und Militärsysteme konkurrierend und feindlich gegenüber.

Es setzte ein bislang beispielloser Aufrüstungswettbewerb nicht zuletzt auf dem atomaren Sektor ein. Ende der achtziger Jahre hatten beide Seiten so große Mengen an Atomwaffen gehortet und aufeinander gerichtet, dass man damit das Leben auf der Erde nicht nur einmal sondern fünfzigmal auslöschen konnte. Im Konfliktfall wäre Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Kriegsschauplatz geworden. In Deutschland standen sich zwei hochgerüstete Armeen auf engstem Raum gegenüber. Hinzu kamen noch die Streitkräfte der Verbündeten, also der NATO-Partner auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite.

## Die Zeitenwende

1989 wurde zur Chiffre einer Zeitenwende. Der Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks bedeutete das Ende des Jahrhunderts der Gegensätze, eines Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen und einem Kalten Krieg, der die Menschen auf dem ganzen Erdball und besonders in Mitteleuropa über Jahrzehnte in Atem gehalten hatte.

Nun geschahen Dinge, die kaum zu erwarten gewesen waren.

Die USA und Russland vereinbarten die Verschrottung eines relativ großen Teiles ihrer Atomwaffen unter gegenseitiger Kontrolle.

Die sowjetische Führung entließ die Staaten des Ostblocks in die Freiheit und streckte den Deutschen, die so viel Leid über ihre Völker gebracht hatten, die Hand entgegen.

Gorbatschow sprach sich für die Wiedervereinigung Deutschlands aus und er stimmte sogar dem Verbleib des geeinten Deutschlands in einem westlichen Militärsystem zu. Er zog die sowjetischen Truppen aus der DDR ab. Die Euphorie war groß. Der Geist der Zeit spiegelte sich in der Charta von Paris für ein neues Europa wider, die von den USA, der UdSSR und mehr als 30 europäischen Staaten unterzeichnet wurde. In der Präambel wurde festgehalten: *„Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“*

Heute müssen wir feststellen, dass sich die an das Ende des Kalten Krieges geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt haben. Die Gräben zwischen Ost und West wurden neu aufgeworfen und wir betrachten uns wieder als Gegner.

## **Russland in der Krise, die NATO expandiert**

Die Menschen in Russland, dem Nachfolgestaat der Sowjetunion, erlebten das erste Jahrzehnt nach der Auflösung der Sowjetunion im Zuge der Umstellung der sowjetischen Planwirtschaft auf eine Marktwirtschaft nach westlichem Muster als eine schwere Wirtschaftskrise. Die Preise stiegen, die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe, Renten und Gehälter blieben immer öfter aus. Die russische Wirtschaft ging in die Knie, das Sozial- und Gesundheitssystem brach zusammen. Die Inflationsrate erreichte schwindelerregende Höhen. Im August 1998 erklärte der russische Staat seine Zahlungsunfähigkeit. Im Zeitraum von 1991-1994 sank die Lebenserwartung der Russen um 5 Jahre auf ein Durchschnittsalter von 57 Jahren. Diese traumatischen Erfahrungen von Niedergang und existenzieller Not sind in den Köpfen der meisten russischen Menschen mit den Begriffen Marktwirtschaft und Demokratie verbunden. Der damalige russische Präsident Jelzin hatte es versäumt, die Menschen auf dem radikalen Kurs in Richtung Marktwirtschaft mitzunehmen. Hier liegt wohl eine der Ursachen dafür, dass sich Russland nicht zu einer Demokratie sondern zu einer Autokratie entwickelte. Die meisten Russen waren in dieser Phase unter Boris Jelzin noch davon überzeugt, dass Russland bald ein Teil des Westens wird. Das Ziel der russischen Führung war der Anschluss an die westlichen Institutionen, vor allem an die Sicherheitsstruktur der NATO und auf längere Sicht wohl auch an die Europäische Gemeinschaft. Schon bald aber entstand in Moskau der Eindruck, dass der Westen Russland nicht als Partner auf Augenhöhe ansah. Der Wunsch nach Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis stieß sowohl in Brüssel als auch in Washington auf taube Ohren. Auch im gemeinsamen europäischen Haus, von dem Michail Gorbatschow im Juli 1989 vor dem Europarat in Straßburg gesprochen hatte, war auf absehbare Zeit kein Platz für Russland.

Russland hatte wiederholt erklärt, dass es einen NATO-Beitritt der Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei für unvereinbar mit seinen Sicherheitsinteressen hielt. Die russischen Sicherheitsinteressen wurden jedoch ignoriert.

Als dann die NATO-Mächte 1999 ohne Absprache mit Russland im Kosovo-Konflikt intervenierten, war endgültig eine Linie überschritten. Russland richtete seinen außenpolitischen Kompass neu aus.

Ohne Beachtung der russischen Sicherheitsinteressen dehnte die NATO ihren Einflussbereich immer weiter nach Osten aus. Polen, Tschechien und Ungarn wurden Mitglieder der NATO. Es folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Später kamen Albanien, Kroatien und Montenegro hinzu. Der Ukraine und Georgien wurde ein Beitritt in Aussicht gestellt.

In Polen und Rumänien wurden Raketen aufgestellt, die die russischen Ballungszentren erreichen können. Diese Raketen seien, so die NATO, nicht gegen Russland sondern gegen die Raketen des Iran gerichtet. Doch dieses Argument ist wenig überzeugend, da es die vermeintlichen iranischen Raketen gar nicht gibt.

Russland betrachtet die Expansion der westlichen Allianz als einen Angriff auf seine Sicherheit und sieht darin einen Verrat: Der Westen habe sein im Frühjahr 1990 gegebenes

Wort gebrochen. Und tatsächlich hatten europäische und amerikanische Politiker bei den Vorgesprächen über die Vereinigung Deutschlands zugesichert, dass sich die NATO nicht über das Gebiet der DDR hinaus erweitern würde.

Wenn heutzutage der Westen nun argumentiert, es habe keine rechtlich verbindlichen Vereinbarungen dieser Art gegeben, so ist das zwar korrekt. Doch beschwor der Westen damals in den Gesprächen mit der Sowjetunion eine neue Ära der gemeinsamen Sicherheit und partnerschaftlichen Zusammenarbeit, wie es dann auch in der Charta von Paris niedergelegt wurde. Europa sollte fortan ein Europa der Kooperation sein: das war der Geist, in dem die Europäer und Amerikaner die Gespräche von 1990 führten. Mit der Ausdehnung der NATO nach Osten hat der Westen jedoch genau gegen diesen Geist verstoßen.

### **Die Krim-Krise und die Krise in der Ostukraine**

Die gegenüber den Sicherheitsinteressen Russlands unsensible Politik des Westens, speziell der NATO hat nicht unwesentlich zur Krise auf der Halbinsel Krim und in der Ostukraine beigetragen.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der vorsätzlichen Destabilisierung der Ukraine durch Russland haben die USA und die EU Sanktionen gegen Russland verhängt. Moskau antwortete mit Gegensanktionen.

Der NATO-Russland-Rat als das zentrale Forum zwischen dem westlichen Militärbündnis und Russland wurde von der NATO auf Eis gelegt. Es gab auch keine Dialoginitiative zwischen den westlichen Gemeinschaften EU und NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite, etwa im Rahmen der OSZE. Europäer und Russen stehen nun vor einem außenpolitischen Scherbenhaufen. Die Diplomatie hat scheinbar abgedankt, das Militär gibt den Ton an. Großübungen an den Grenzen sollen militärische Stärke demonstrieren. Etliche Verträge mit Russland sind nicht mehr in Kraft, so der ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und der KSE-Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa. Die Trump-Regierung hat 2019 den INF-Vertrag über das vollständige Verbot von atomaren Mittelstreckenraketen aufgekündigt. Das Zeitalter der Abrüstung ist vorbei, neue Waffensysteme werden entwickelt. Nicht gemeinsame Sicherheit ist gefragt, sondern maximale Abschreckung.

Selbst zur Zeit des Kalten Krieges signalisierte der Westen dem damaligen Ostblock unter der Führung der Sowjetunion nicht nur militärische Stärke sondern auch Verhandlungsbereitschaft und Diplomatie. Heute aber steht der Frieden in Europa nur auf einem Bein, dem Militär. Die NATO ist ausschließlich um militärische Stärke bemüht, nicht aber um politische Entspannung. Das Ziel, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu erreichen, wurde offenbar aufgegeben.

Warum nur hat der Westen die Aufbruchstimmung der neunziger Jahre nicht genutzt, diesem Ziel zumindest näher zu kommen? Eine Antwort drängt sich auf: Das Militär des Westens, die NATO, spielte nicht mit. Dem Militär war eine Kooperation mit Russland von Anfang an suspekt. Mit Russland als Partner wäre der NATO der „Feind“ abhandengekommen! Das Militär braucht aber einen Feind, schon allein, um seine Rüstungsanstrengungen und seine

Existenz zu rechtfertigen. Ein „idealer Feind“ ist und bleibt schon auf Grund seiner geographischen Größe und seiner Nähe zu Westeuropa Russland. Also wurde das aus dem Kalten Krieg stammende „Feindbild Russland“ reaktiviert.

Parallel zu dieser von der Dominanz des Militärs geprägten westlichen Politik vollzog sich in Russland unter dem Dauerpräsidenten Putin eine Entwicklung zu einem autokratischen, undemokratischen System ohne Presse- und Meinungsfreiheit.

### **Zukunftsperspektiven**

Die politische Agenda darf nicht mehr von dem Militär diktiert werden und das vielfach gebetsmühlenartig von allen NATO-Staaten und auch von der Bundesrepublik propagierte Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Verteidigung bzw. Rüstung auszugeben, muss korrigiert werden, denn es handelt sich hierbei um ein gigantisches Aufrüstungsprogramm! Würde die Bundesrepublik Deutschland dieses Ziel realisieren, würden die deutschen Rüstungsausgaben diejenigen der Atommacht Russland übersteigen! Dies wäre eine Verschwendung von Steuergeldern, die es sinnvoller einzusetzen gilt, etwa zur Erreichung unserer Klimaziele.

Die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel, Migration oder weltweiter Terror lassen sich nicht mit militärischer Gewalt, nicht im nationalen Alleingang, sondern nur durch friedliche Kooperation lösen. Europa braucht Russland, um in der Welt nicht an Gewicht zu verlieren. Es kann nicht im europäischen Interesse liegen, Russland in die Arme Chinas zu treiben. Der französische Präsident Macron hat mit gutem Grund gefordert, die europäische Großmacht Russland an Europa „anzudocken“, um zu verhindern, dass die Europäer zum Spielball anderer werden.

Vorrangig ist eine Kooperation mit Russland auf wirtschaftlichem Gebiet. Präsident Putin hat mehrfach betont, dass die wirtschaftliche Kooperation mit den Europäern für sein Land und dessen Entwicklung von großer Bedeutung ist. Um sein Land dauerhaft aus der Stagnation zu führen, ist der russische Präsident auf Investitionen und Technologie für die seit langem modernisierungsbedürftige wirtschaftliche Infrastruktur angewiesen. Die Modernisierung Russlands, dem ist man sich auch in Moskau sehr wohl bewusst, wird nur in einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und Deutschland, dem wichtigsten Wirtschaftspartner Russlands, erfolgreich sein. Die Möglichkeiten einer Kooperation sollten immer wieder aufs Neue geprüft werden, um gemeinsame Interessen herauszuarbeiten. Die Agenda für die Zusammenarbeit mit Russland umfasst eine ganze Liste vielversprechender Arbeitsfelder. Sie beginnt mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität je Einwohner - Deutschland hat eine viermal höhere Wirtschaftsleistung als Russland - und setzt sich über Energiesicherheit, Klimaschutz, Digitalisierung, Weltraumforschung, Medizin und Mobilität bis hin zur Agrarwirtschaft fort. Die Europäer und mit ihnen auch Deutschland werden ihren Wunsch, auf weltpolitischer Bühne stärker als Friedens- und Gestaltungsmacht aufzutreten, nicht im Alleingang gerecht werden können, sondern nur in Kooperation mit den USA, China und auch Russland.

Wer aus Europa eine wie auch immer geartete sicherheitspolitische Initiative startet, der muss zur Kenntnis nehmen, dass in der Region kein Weg an Russland vorbeiführt. Wenn wir

im Nahen Osten mehr Verantwortung übernehmen wollen, um ihn sicherer und friedlicher zu machen, dann muss Russland unser Kooperationspartner sein. Die gilt auch für andere Regionen in der Welt. Dass die russische Außenpolitik bereit und auch imstande ist, eine konstruktive Rolle auf internationaler Ebene zu spielen, hat sie bei der Aushandlung des Atomabkommens mit dem Iran unter Beweis gestellt, das gemeinsam mit den USA, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland geschlossen wurde.

Eine drängende Frage im Verhältnis zu Russland bleibt die des Friedens im Osten der Ukraine. Die seit 2014 andauernde kriegerische Auseinandersetzung darf uns nicht ruhen lassen. Der Ukraine-Gipfel in Paris brachte 2019 noch keine endgültige Einigung. Er hat aber gezeigt, dass eine neue Dynamik in den Verhandlungen möglich ist. Die gegen Russland wegen seiner Ukrainepolitik verhängten Sanktionen haben zu keiner Verhaltensänderung der russischen Regierung und zu keinem Frieden in der Ost-Ukraine geführt.

Die westliche Sanktionspolitik ist zudem kontraproduktiv, denn sie schwächt die auf Ausgleich setzenden Kräfte und stärkt die nationalistischen, gegen den Westen gerichteten Tendenzen im Land.

Wir sollten uns auf eine realistische Diplomatie des Gebens und Nehmens zurückbesinnen, auf eine Politik der kleinen Schritte. Was spricht dagegen, dass wir den ersten Schritt tun? Dass wir auf Russland zugehen und die Bereitschaft signalisieren, aus dem Sanktionsregime auszusteigen, um so die verhärteten Fronten in dem Konflikt aufzuweichen? Dies könnte die Chancen auf eine friedliche Einigung im Ukraine-Konflikt erhöhen.

Noch schwieriger als der Konflikt in der Ost-Ukraine ist die Frage nach der Zukunft der Krim. Hier stehen sich die Positionen „Wir werden die Zugehörigkeit der Krim zu Russland niemals anerkennen“ und „Wir geben die Krim niemals her“ scheinbar unversöhnlich gegenüber. Eine Lösung wäre von freien Wahlen über die Zugehörigkeit der Krim zu erwarten.

Russland wird unser Nachbar bleiben. Wir kommen in Europa nicht umhin, unsere politischen Möglichkeiten zu überdenken und den Ausgleich zu suchen: durch Dialog und Verhandlung, durch Annäherung und Verständigung. Das ist der Weg, auf dem Deutschland vorangehen sollte!

*Freiburg, den 21. Juni 2021*

*Für den Diözesanvorstand: Christof Grosse, Helmut Krings, Peter-Michael Kuhn*